

Evelyn Annuß –
Vom Identitätswahn zum Idealismus? Zum Stand der Geschlechterforschung
(Vortrag bei der roten ruhr-uni 1997)

In meinem Vortrag möchte ich die Geschichte der Geschlechterforschung in der BRD skizzieren und eine Bestandsaufnahme dieses sich gegenwärtig etablierenden Wissenschaftsfeldes machen. Es geht mir darin um Reflexivität, um eine kritische Bestimmung der Entwicklungsprozesse innerhalb dieses Wissenschaftsfeldes, in dem ich arbeite. Dem erklärten Ziel der roten ruhr-uni – „politische Handlungsperspektiven hin zu einer emanzipatorischen Praxis zu entwickeln“ – kann ich dabei nicht dienen, obwohl ich es teile, sonst wäre ich nicht hier. Aber ich wurde eingeladen, um etwas über feministische Theorie zu sagen und das führt aus meiner Perspektive weniger zur Frage nach emanzipatorischer Praxis, als zu der nach dem Verhältnis von Theorie und Politik. Mein Beitrag ist allenfalls Kritik der Politik, insbesondere einer spezifischen Form der Theoriepolitik, ich verstehe ihn als Intervention gegen den Radikalitätsbonus, der meinem Feld zugeschrieben wird, und gegen den akademischen Politizismus. Den feministischen oder linken Stimmführeranspruch von AkademikerInnen halte ich bestenfalls für ein Selbstmissverständnis, einen falschen Versuch der Sinnstiftung von Intellektuellen. Über gesellschaftliche Veränderungen entscheidet die Praxis, nicht die Theorie. Sie ist der Praxis nachgeordnet; ihre Interventionsmöglichkeiten beschränken sich weitgehend auf das akademische Feld.

Gerade die Geschlechterforschung ist ein spannendes Untersuchungsfeld, wenn man sich die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik stellt, weil sowohl ihre Anfänge als auch der Wandel der Forschungsparadigmen gekennzeichnet ist vom Rekurs auf politische Rhetoriken und Kapitale.

1. Entwicklung und Stand der Geschlechterforschung

Die Auseinandersetzungen um die Kategorie Geschlecht innerhalb des akademischen Feldes, die sog. Gender-Debatte der letzten Jahre, lässt sich als Umbruchsituation in der Geschlechterforschung interpretieren. Verorten ließe sich diese Umbruchsituation im Trend zur Enttraditionalisierung nicht nur der Geschlechter-, sondern auch der Familienverhältnisse und der damit verknüpften Veränderung und Fluidität der Geschlechterbilder. Dieser Trend zeichnet sich im Ansatz bereits seit den sechziger Jahren in der BRD ab. Er ist eine Grundvoraussetzung für die Entstehung der Geschlechterforschung, die Bedingung der Möglichkeit nämlich für die innerakademischen Geschlechterkämpfe, die schließlich zur Etablierung eines neuen Wissenschaftsfeldes führten.

Seit den sechziger Jahren fand in der BRD eine Öffnung des sozialen Raumes statt (siehe Vester u.a). Das bedeutete Modernisierung der Erwerbsstruktur, erhöhte Konsumtionschancen, Ausbau des Sozialstaates und damit einhergehend Bildungsexpansion. Die daraus resultierende Entkopplung von sozialen Lagen und Lebensweisen erlaubte zudem die allmähliche Feminisierung der Bildung. Seit Mitte der siebziger Jahre jedenfalls konnten auch Frauen, insbesondere höhere Töchter, die neu eröffneten Bildungschancen nutzen. Bildungsexpansion und Feminisierung der Bildung führten zur verstärkten Konkurrenz innerhalb des akademischen Feldes. Dadurch wurden die Kämpfe ums akademische und universitäre Kapital auch und gerade unter geschlechtsspezifischen Vorzeichen ausgefochten. Frauenpolitische Strategien zur Umgehung der herrschenden, ‚männerpolitischen‘ Schließungsmechanismen waren nicht nur Forderungen nach Quotierung, sondern auch der

Kampf um ein eigenes Wissenschaftsfeld. Die Einsicht in die Relevanz der Kategorie Geschlecht ist also nicht zuletzt den veränderten Konkurrenzverhältnissen inner- und außerhalb des akademischen Feldes geschuldet. Sie basierte auf realen Ausschlussverfahren, die zum Motor feministischer Wissenschaftskritik wurden, und diente gleichzeitig als bonding-Kategorie zur Durchsetzung innerhalb der alma mater.

Mich interessiert in erster Linie der bonding-Aspekt, die Bildung und Restrukturierung von Kartellen im akademischen Feld, und ihre Auswirkungen auf die wissenschaftliche Diskursproduktion. Bourdieu hat im *Homo Academicus* vorgeführt, wie sich bestimmte wissenschaftliche Kämpfe auch als Ausdruck inneruniversitärer Wandlungs- und Konkurrenzprozesse empirisch untersuchen lassen. Eine derartige Studie für die Entwicklung der Geschlechterforschung, die auch die internen Kämpfe mitreflektiert, steht bislang aus, sie scheint mir aber angesichts gegenwärtiger Mythenbildungen sowohl von Seiten frauenpolitischer Traditionalistinnen als auch der vermeintlich radikalen HäretikerInnen aus dem Feld des Dekonstruktivismus nötig zu sein, um die Eigendynamiken und daraus resultierenden inhaltlichen Verzerrungen in der Wissensproduktion der Geschlechterforschung sichtbar zu machen. Die Schwierigkeit einer solchen Studie besteht in der undurchdringlichen Vermischung politischer und wissenschaftlicher Ansprüche wie Rhetoriken innerhalb der Geschlechterforschung sowie in der Heterogenität dieses Feldes. Die politischen Überdeterminierungen und die feldspezifische Komplexität machen es allerdings besonders spannend, gerade die Geschlechterforschung zum Gegenstand soziologischer Betrachtung zu machen. Ich kann im folgenden nur einige Aspekte ansprechen, die für eine grundlegende und systematische empirische Studie relevant wären. Dazu möchte ich einen Blick auf die Institutionalisierungsgeschichte der Geschlechterforschung und die gleichzeitigen feldimmanenten Diskursverschiebungen werfen. Die fachspezifischen und regionalen Differenzen blende ich aus, um eine grobe Entwicklungslinie nachvollziehbar zu machen.

In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen der Geschlechterforschung in der BRD grundlegend verändert. Ihre Anfänge in den siebziger Jahren waren gekennzeichnet vom multidisziplinären bonding von Frauen aus unterschiedlichen Wissenschaftsfeldern. Über die Erfahrung des Ausschlusses insbesondere aus den höheren Statusgruppen der Universität entwickelte sich ein inhaltliches Interesse an der damals sog. Frauenforschung. Dieses Interesse wurde zunächst explizit als politischer Einsatz in einem von Männerkartellen beherrschten Wissenschaftsspiel verstanden. Die Durchsetzung der Frauenforschung konnte sich vom Selbstverständnis her auf die Frauenbewegung und ihre politischen Ziele berufen. Allerdings war der akademische ‚Siebziger-Jahre-Feminismus‘, die Anfänge der Geschlechterforschung also, keineswegs ausschließlich vom essentialistischen Identitätswahn gekennzeichnet, wie heute oftmals behauptet wird. Theoriepolitisch stand ein signifikanter Teil der hiesigen sog. Frauenforschung damals in einem heute noch kaum mehr erinnerten mehr oder weniger festen Bündnis mit der Kritischen Theorie, mit materialistischer, marxistischer Gesellschaftswissenschaft. Vergegenwärtigt man sich die breite wissenschaftliche Produktion zum Thema Klasse und Geschlecht beispielsweise, greift der verallgemeinernde Vorwurf gegenüber dem ‚Siebziger-Jahre-Feminismus‘, er habe die Differenzen zwischen Frauen zugunsten einer identitätsfetischistischen Frauenpolitik ausgeblendet, nicht.

Seit den achtziger Jahren kam es zur Etablierung und gleichzeitigen Disziplinarisierung der nun oftmals sog. Feministischen Wissenschaft. In dieser ‚Resignifikation‘ des Projekts Frauenforschung deutete sich eine Umorientierung an: Es wurde nicht länger direkt auf die von den inneruniversitären Schließungsmechanismen betroffenen Frauen verwiesen, sondern

eine inhaltliche Fokussierung auf deren theoriepolitisches Ziel vorgenommen: die Kritik der ‚männlichen Wissenschaft‘. Mit der Einrichtung von Frauenprofessuren und Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Fächern kam es zur disziplinären Nischenbildung. Diese Disziplinarisierung funktioniert stellenweise über identitätspolitische Rhetoriken, die die ersten Schritte in Richtung Institutionalisierung für den malestream ungefährlich erscheinen ließen. Der Trend, den verschiedenen wissenschaftlichen und sozialen Positionen von Frauen eine relative Kohärenz zu verleihen, wich allerdings schnell der breiteren internen Konkurrenz in den jeweiligen Disziplinen. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde schließlich deutlich, dass die diskursiv erzeugte homologe Position von Frauen im universitären Feld angesichts der dortigen Konkurrenzkämpfe nicht mehr funktionierte. Der gender turn, der einherging mit der allmählichen Umbenennung der Frauen- oder feministischen in Geschlechterforschung, führte zur weiteren Verwissenschaftlichung und Entpolitisierung, zur Abkehr von der Frauenpolitik. Die Relationalität der Geschlechterverhältnisse und -bilder wurde nun stärker exponiert. Dabei verlor das explizit politische, feministische Selbstverständnis der Geschlechterforschung an Gewicht. Dieser Trend und die zunehmende Etablierung im akademischen Feld haben sich wechselseitig bedingt. Die Kategorie Geschlecht konnte in dem Moment allgemein forschungs- und förderungsrelevant werden, in dem bereits eine ansatzweise Etablierung stattgefunden hatte und die wissenschaftliche Arbeit nicht mehr unmittelbar politisch besetzt war. Seit den neunziger Jahren wurden erste Graduiertenkollegs zum Thema eingerichtet und fächerübergreifende Zentren zur sog. Interdisziplinären Geschlechterforschung geschaffen.. In diesem Jahr wurden nun die Magister-Teilstudiengänge eröffnet. Außerdem sind weitere Aufbaustudiengänge in Planung. Die Geschlechterforschung boomt trotz der aktuellen Finanzkrise an den Hochschulen.

Ihre Etablierung ist ein Phänomen, das sich von der Herausbildung herkömmlicher Disziplinen unterscheidet. Das gilt sowohl für die ursprüngliche Verwurzelung in einer neuen sozialen Bewegung als auch im Hinblick darauf, dass das Wissenschaftsfeld Geschlechterforschung sich auch weiterhin nicht als eigenständige Disziplin konstituieren wird. Die neuen Studiengänge sind dementsprechend fächerübergreifend organisiert und mit unterschiedlichen Schwerpunktbildungen in den einzelnen Disziplinen verankert. Momentan findet eher eine fächerübergreifend organisierte disziplinäre Expansion als der Auszug aus den einzelnen Fächern statt. Das schlägt sich auch in den inzwischen hochprofessionalisierten Forschungen innerhalb der einzelnen Fächer nieder. An die Stelle der anfänglichen Ausgrenzung und Isolierung der Frauennischen ist die Eingemeindung in den Wissenschaftsbetrieb getreten. Die Geschlechterfrage wird gleichzeitig nicht mehr einfach delegitimiert und delegiert, sondern allmählich als wissenschaftliche ernst genommen und auf breiter Basis aufgegriffen.

Angesichts dieser Umbruchsituation – fächerübergreifende Institutionalisierung, Verwissenschaftlichung und Entpolitisierung der herkömmlichen Ansätze – scheinen mir die Verhandlungen darüber, was dieses hochgradig ausdifferenzierte Wissenschaftsfeld zumindest auf der Diskursebene zusammenhält, von spezifischem Interesse zu sein. Als argumentative Klammer dieser inter- oder transdisziplinären Verankerung der Geschlechterforschung dient der Verweis auf die gesellschaftliche Relevanz der Geschlechterverhältnisse und auf die Wissenschaftskritik. Die zentrale Relevanz der Kategorie Geschlecht für die Produktion und Organisation von Wissen ist eine der zentralen Begründungen für die derzeitige Etablierung der Geschlechterforschung. Daraus erklärt sich möglicherweise die viel beachtete und aufgeregt geführte Gender-Debatte der letzten Jahre. Die sich seit einigen Jahren abzeichnende Institutionalisierung der Geschlechterforschung als disziplinenübergreifendes Feld wurde m.E. eingeläutet bzw. begleitet von metatheoretischen,

transdisziplinären Auseinandersetzungen um die Kategorien Geschlecht und Identität. In diesem Kontext ist auch der Import Judith Butlers zu sehen. Über die Auseinandersetzungen um Butler wird hierzulande die Definitionsmacht darüber ausgehandelt, was Gegenstand der Geschlechterforschung und wer für die wissenschaftliche Arbeit in diesem spezifischen Feld zuständig ist.

2. Die Funktion der Gender-Debatte

Die bisherige Kritik der Texte Butlers entzündete sich im deutschsprachigen Kontext vor allem an Fragen nach körperlicher Materialität. Sie zielte auf deren tatsächlich missverständliche Formulierungen in *Gender Trouble*, *Das Unbehagen der Geschlechter*, der Körper sei als Fiktion bzw. Geschlechteridentitäten seien als Wahrheitseffekte eines Diskurses zu verstehen. Interessant erscheinen mir an den Auseinandersetzungen um Butler eher die Auslassungen als die z.T. berechtigten inhaltlichen Kritikpunkte zu sein: die Entnennung der eigentlichen theoriepolitischen Intervention Butlers – stellvertretend für die queer theory – im Feld der Geschlechterforschung, d.h. die Ausblendung ihrer Kritik der heterosexuellen Matrix.

Butlers Ableitung naturalisierter Zweigeschlechtlichkeit aus der heterosexuellen Matrix der herrschenden Geschlechterordnung widerspricht dem mainstream der Geschlechterforschung in der BRD, der sich auf die Kritik an der hierarchischen Differenzierung von Frauen und Männern konzentriert und diese allzu oft totalisiert hat. In der Kritik an Butler wurde nun immer wieder im Verweis auf die biologischen Voraussetzungen der Geschlechterdifferenz, die Gebärfähigkeit als Unterscheidungsmerkmal zwischen Frauen und Männern zum Hauptwiderspruch erklärt und damit an einer dyadischen Konzeption der Geschlechterdifferenz festgehalten. Polemiken von Barbara Duden oder Treusch-Dieter, auch die Reduktion von vergeschlechtlichten Existenzweisen auf zwei distinkte, soziale Geschlechter etwa bei Andrea Maihofer, können nicht nur als Verweis auf den materialen Charakter geschlechtshierarchischer Verhältnisse verstanden werden; sie lassen sich auch als theoriepolitische Gegenstrategien gegen den Perspektivenwechsel in der Geschlechterforschung lesen. Die permanente Ausblendung von Butlers expliziter Bearbeitung heterosexistischer Machtverhältnisse ließe sich demnach auf der Ebene eines kollektiven Unbewussten verstehen als Abwehr- und Verteidigungskampf gegen die Bedrohung, die die queer theory im Feld der Geschlechterforschung offenbar darstellt. Diese Bedrohung liegt m.E. in der Redefinition dessen, was als relevanter Forschungsgegenstand betrachtet wird und wem gewissermaßen naturwüchsig die Zuständigkeit für diesen Forschungsgegenstand zukommt. Auf dem beengten Terrain der bundesrepublikanischen Geschlechterforschung wurde in der Gender-Debatte aus meiner Sicht noch etwas anderes ausgefochten als die Frage nach der Materialität der Körper. Indizien dafür sind 1. die erstaunliche Schärfe der Kritik (Duden) und 2. die Nichtzurkenntnisnahme und Neutralisierung des spezifischen Einsätze von Butler. Die Entschärfung in der Rezeption besteht darin, die These von der heterosexuellen Matrix als Voraussetzung von Zweigeschlechtlichkeit schlicht auszublenden, sie also gar nicht erst als kritikwürdig darzustellen.

Die Voraussetzung dafür, dass Butler im deutschsprachigen Kontext überhaupt in diesem Maße rezipiert wurde, ist im Kern bereits angelegt in deren theoretischem Spieleinsatz. Sie erklärt auch, warum im Gegensatz dazu die weniger metatheoretisch als am konkreten Gegenstand orientierten Arbeiten aus dem Dunstkreis der queer theory in der BRD erst gar nicht gelesen wurden. Diese fielen schlicht aus dem Interessens- und Zuständigkeitsbereich der hiesigen Geschlechterforschung heraus. *Das Unbehagen der Geschlechter* tritt hingegen

als fundamentaltheoretische Reformulierung und Neubestimmung der Kategorie Geschlecht auf, um die heterosexuelle Matrix als Grundvoraussetzung von Zweigeschlechtlichkeit bzw. von deren Naturalisierung darzustellen. In dem Moment, in dem auf metatheoretischer Ebene die ideologische Rahmung eines ganzen Wissenschaftsfeldes verhandelt wurde, musste Butlers Einsatz von einigen als grundlegende Provokation begriffen werden. Verhandelt wurde diese Provokation allerdings über die Frage körperlicher Materialität.

Die Butler-Rezeption ist ein Krisenphänomen. Die bisherigen Fragestellungen und Perspektivierungen der Geschlechterforschung sind Verhandlungsmasse geworden und die organische, standpunkttheoretische Kopplung des Gegenstandes Geschlecht an das Geschlecht der bisher fast ausschließlich weiblichen Forschungsobjekte erscheinen fragwürdig. Die Öffnung der Geschlechterforschung für Lesben- und Schwulenthemen ist eines der Einfallstore für Männer in ein sich gerade etablierendes Wissenschaftsfeld. Dies umso mehr, als die Sexualitätsforschung, in deren Zusammenhang sich die queer theory auch verortet, in der BRD bislang fast ausschließlich eine Schwulendomäne außerhalb der Vernetzungszusammenhänge der Geschlechterforschung ist. In der Gender-Forschung geht es implizit ums Eingemachte. Darin scheint mir die Sprengkraft der Popularisierung der queer theory in der BRD zu liegen. Referenzpunkt ist für sie nicht die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern, sondern die symbolischen Schließungen gegenüber nichtanerkannten Sexualitäten und die damit verknüpften Grenzbereiche der vermeintlich distinkten Bezugsgrößen Frauen und Männer. Der Butler-Rezeption kommt hierzulande eine spezifische Funktion zu, weil sie die brüchig gewordenen Koalitionen zwischen Frauen zu einem Zeitpunkt sichtbar macht und in Frage stellt, zu dem über die Zusammensetzung eines Wissenschaftsfeldes neu verhandelt wird. Diese Koalitionen, die die Voraussetzungen der Geschlechterforschung erkämpft haben, stehen zur Disposition. Insofern kommt der Einsatz der queer theory der allmählichen Umstrukturierung des Territoriums der Geschlechterforschung entgegen. Die neuen Allianzen der queer theory jenseits von frauenpolitischen Fundamentalismen entsprechen den ohnehin stattfindenden Auflösungstendenzen der alten Frauenpolitiken innerhalb des akademischen Feldes und der allmählichen Unterstützung der Institutionalisierung von Geschlechterforschung durch Männer. Es ist also keineswegs mehr klar, warum gerade Frauen für die Erforschung der Kategorie Geschlecht zuständig sein sollten, wenn sich das Selbstverständnis des Wissenschaftsfeldes entpolitisiert, entfeminisiert und akademisiert.

Für die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik ist Butlers Ansatz besonders spannend. Akademisierte Form und politizistischer Inhalt ihrer Texte machen sie zu einem spezifischen Phänomen in der Wissenschaftslandschaft. Der Rekurs auf den Dekonstruktivismus und die damit verknüpfte enorme intellektuelle Anstrengung entspricht dem momentanen Trend zur Akademisierung der Geschlechterforschung. Allerdings beruft sich die queer theory ihrerseits auf eine politische Rhetorik, die der Seriosität und Verwissenschaftlichungstendenz der Geschlechterforschung eigentlich widerspricht, möglicherweise aber auch deren Attraktivität für die Underdogs in der alma mater ausmacht. Wie die Frauenforscherinnen der ersten Stunde greifen die queer theorists auf kulturelle und politische Bewegungskapitale außerhalb des universitären Feldes zurück. Der Rekurs auf neue soziale Bewegungen und politische Argumentationsfiguren bezieht sich diesmal nur nicht auf die Frauenbewegung, sondern auf queer politics. Deren Kritik feministischer Identitätspolitik bedeutet allerdings keineswegs die generelle Abnahme von Bornierungen, sondern eher eine Reorientierung, die wiederum andere Formen des – mit Butler gesprochen – konstitutiven Außen produzieren bzw. theoretisch ratifizieren. Um das deutlich zu machen, möchte ich kurz den Politikbegriff Butlers skizzieren.

3. Butlers Politizismus

Bereits *Gender Trouble* ist erklärtermaßen der Versuch, über den Begriff der Performativität einen kritischen Beitrag zur Politik der Geschlechter zu leisten. Performativität wird hier jedoch im Kontext von performance verortet und Geschlecht nicht als natürlicher Ausdruck, sondern als wiederholte Darbietung begriffen. Butler fragt im Hinblick auf drag performances nach der Möglichkeit entnaturalisierter Performanz und verallgemeinert so die Sprengkraft von drag. Ihr Begriff des Politischen ist explizit an den der Identität gekoppelt: Indem sie Identität auf Foucault verweisend als Bezeichnungspraxis begreift, stellt sie die Resignifikation von Identitäten als Politikum dar. Agency, politische Handlungsmöglichkeit, versteht Butler somit im Kontext von Resignifikation. Die Möglichkeit dieser Umbenennung, die Voraussetzung von agency, lokalisiert sie im auch für ihre späteren Veröffentlichungen konstitutiven Aspekt der Wiederholung von Normen in sozialen Praxen. Es geht ihr um die Frage, wie Normen durch ihre subversive Wiederholung in der Praxis verschoben werden können. Darin liegt für Butler das eigentlich politische Projekt von *Gender Trouble* begründet. Dieses politische Projekt besteht in der radikalen Vervielfältigung der Geschlechteridentitäten und ihrer Entnaturalisierung. Ähnlich wie Hark umschreibt Butler das als Erweiterung des herkömmlichen Politikbegriffs, keineswegs als dessen Dekonstruktion. Impliziert ist damit lediglich die Destabilisierung von Identitätspolitik. Das Paradigma Identitätspolitik wird damit nicht wirklich überwunden; es wird vielmehr modernisiert. Wichtig ist die Ebene, auf der Politik hier angesiedelt ist. Die „neue Konfiguration der Politik“, von der in *Gender Trouble* die Rede ist, bezieht sich kritisch auf die fundamentalistische Basisannahme eines fixierten, notwendig phantasmatischen Wir herkömmlicher Identitätspolitik. Sie bewegt sich aber auf dem gleichen Terrain; politisches Ziel ist die Anerkennung von Differentem. Ausgangspunkt dieser Butlerschen ‚neuen‘ Konfiguration von Politik sind die Subjekte und deren bedeutungskonstituierende Praxen, die bestimmte vergeschlechtlichte Identitätsformen wiederholen und damit produzieren – reproduzieren und verschieben. Damit reduziert Butler den Begriff des Politischen auf das Feld des Symbolischen.

Das verdeutlicht sie in *Bodies That Matter*, in dem sie queerness als politischen Akt, als Umarbeiten der Verworfenheit in politische Handlungsfähigkeit, bestimmt. Die ‚normative‘ Dimension ihrer Arbeit besteht Butler zufolge darin, „eine radikale Resignifikation des symbolischen Bereichs zu unterstützen, (...) um die eigentliche Bedeutung dessen, was in der Welt als ein geschätzter und wertvoller Körper gilt, zu erweitern.“ Es geht also um die Erweiterung des gesellschaftlich Anerkannten. Was trotz der Reformulierung des Performativitätsbegriffs auch für *Bodies That Matter* bestimmend bleibt, ist seine Fokussierung bzw. seine Beschränkung auf das Feld des Symbolischen. Es geht darum, wie das, „was verworfen worden ist, (...) unvermittelt als eine störende Wiederkehr produziert werden könnte, (...) als eine ermöglichende Aufsprengung, als Anlass für eine radikale Reartikulation des symbolischen Horizonts, vor dem Körper überhaupt erst Gewicht haben.“ Politisches Ziel ist also, die von Butler als radikal verstandene „Reartikulation des symbolischen Horizonts“ und damit die Anerkennung derjenigen Identitätsformen, die bisher als illegitime die konstitutive Grenze der legitimen Identitätsformen waren.

In *Excitable Speech*, 1997 veröffentlicht, geht es um die Verletzbarkeit durch und das Überleben in der Sprache, um eine Theorie linguistischer Handlungsmöglichkeit. Die mit *Bodies That Matter* eingeleitete sprechakttheoretische Wende des Performativitätsbegriffes setzt sich hier fort. Wurde in *Bodies That Matter* agency allerdings gerade aus der strukturellen Iterabilität von Sprache abgeleitet – aus der unkontrollierbaren Verschiebung in

jeder wiederholenden Benennung, die aus der Sprengkraft des konstitutiven Außen sprachlicher Identifizierung resultiert – distanziert sich Butler in *Excitable Speech* von Derridas Verständnis der Sprache als Schrift und kritisiert die Ausblendung des ‚Sozialen‘. Eine Antwort auf die Frage, wie agency gesellschaftlich konkret zu denken sei, bleibt sie allerdings schuldig. Sie weicht vielmehr erneut aus in eine abstrakt-theoretische Diskussion über das Verhältnis von Bourdieu und Derrida. Die von Bourdieu dargelegte implizite Zensur, die er mit dem Mangel an kulturellem und sozialem Kapital begründet, versucht Butler mit der dekonstruktivistischen Iterabilitätsvorstellung kurzzuschließen. Sie beschließt *Excitable Speech* mit der Forderung nach einer weiterführenden Theorie der Sprache und des Bezeichnens, um zukünftige, nie antizipierbare Politikformen zu postulieren. „Insurrectionary speech becomes the necessary response to injurious language (...), a repetition in language that forces change.“ Die Bedingungen der Möglichkeit von ‚insurrectionary speech‘, eines aufständischen Sprechens also, bleiben ebenso unbenannt wie die inhaltlichen Bestimmungen. Diese beiden Aspekte allerdings lassen sich nicht abstrakt im Rekurs auf das dekonstruktivistische Gerechtigkeitsethos gegenüber dem Supplement des Ausgesprochenen fassen. Die Dialektik von Wiederholung, Norm und agency bzw. insurrectionary speech lässt sich nur jeweils empirisch im konkreten Kontext nachvollziehen. Das ist das Manko von Butlers Vision einer – wie sie sagt – ‚unantizipierbaren politischen Zukunft des dekonstruktiven Denkens.’

Was sich dahinter verbirgt ist die radikal idealistische Vorstellung, dass Resignifikation durch Iterabilität die politische Veränderung selber sei – „a repetition in language that forces change“. In dieser Vorstellung wesentlich ausgespart bleiben die strukturellen Rahmenbedingungen des symbolischen Politikfeldes. Die Konstitutionsbedingungen von Öffentlichkeit und deren institutionelle Voraussetzungen werden nicht mehr analysiert bzw. gesellschaftstheoretisch fundiert. Darin besteht der affirmative Charakter dieses Projekts, das die Partikularität des eigenen Ansatzes nicht ausweist und in *Gender Trouble* zunächst mit dem Gestus des Revolutionären als Fundamentaltheorie der Geschlechter ausgestattet war. Die strukturellen Voraussetzungen des demokratisch vermittelten Krieges aller gegen alle um gesellschaftliche Anerkennung wird so jedenfalls nicht mehr befragt, obwohl doch in *Excitable Speech* erklärtermaßen gerade die implizite Zensur des Sagbaren zum Thema gemacht werden soll.

„Das Verfassen von Texten kann ein Weg sein, das neu zu gestalten, was als die Welt gilt.“ So hat Butler ihr Programm in *Bodies That Matter* formuliert. Bei aller Subjektkritik Butlers: Der idealistische Glaube an die perlokutionäre Wirkungsmacht theoriepolitischer Intervention, des eigenen Performativs, bleibt auch noch in *Excitable Speech* erhalten. Butlers Referenzpunkt von ‚insurrectionary speech‘ ist wiederum das, was als die Welt gilt – das Symbolische. Dahinter verbirgt sich ein idealistisches, seinerseits metaphysisches Selbstmissverständnis intellektueller Produktion. Das konstitutive Außen dieser partikularen Sicht auf die soziale Wirklichkeit sind die Vergesellschaftungsmechanismen, die unterschiedliche Ausschließungen in historisch spezifischer Weise ebenso produzieren wie die Sozialfigur des bzw. der Intellektuellen. Was in der umstandslosen Identifizierung der Dekonstruktion fixierter Identitätsformen mit agency ausgeblendet bleibt, ist u.a. die kritische Reflexion des eigenen beschränkten Horizonts, der eigenen partikularen Fragestellungen wie Perspektivierungen im Vergesellschaftungszusammenhang. Damit korrespondiert Butlers Projekt der queer theory mit der Selbstaffirmation herkömmlicher Ideologiekritik. Die wissenschaftliche Kritik am falschen Bewusstsein wird als die eigentliche politische Intervention verkauft.

Darüber hinaus führt Butlers rein abstrakte Bestimmung von agency im symbolischen Feld zur weitgehenden Dethematisierung der Enttraditionalisierung der bürgerlichen Familienverhältnisse und der zunehmenden Individualisierungstendenz in den Metropolen. Dieser gesellschaftliche Wandel hat aber mit zum Relevanzverlust der heterosexistischen Dominanzkultur beigetragen; nicht zuletzt ist dieser Relevanzverlust die Voraussetzung für Butlers Popularität: Gerade dieser Relevanzverlust ermöglicht auch im akademischen Feld den Ausblick auf die bislang strukturbildende Funktion der heterosexuellen Matrix. Er ist die Bedingung der Möglichkeit dafür, dass der theoriepolitische Einsatz der queer theory nicht länger der impliziten Zensur unterworfen blieb. Insofern ist Butler Symptom. Daran lässt sich verdeutlichen, inwiefern die umkämpfte Produktion von Bedeutung und gesellschaftlich anerkanntem abhängt von Entwicklungsprozessen auch jenseits des symbolischen Feldes. Was von Butler als radikaler Zug der queer politics begriffen wird, ist bereits Ausdruck der Prozesse, die ihr Konzept letztlich affirmiert: die neue Heterogenität von Subjektivitätsformen, die mit der Entstehung von neuen Beziehungsformen einhergehenden neuen sozialen Bewegungen und Subkulturen, die Pluralisierung der Lebensstile und die kulturalistische Selbstverortung partikularer Symbolgemeinschaften, angesichts derer spezifische soziale und wirtschaftliche Interessen überhaupt nicht mehr auf breiter Ebene thematisierbar werden, letztlich die abnehmende Bedeutung der Kategorie Geschlecht auch durch die Aushöhlung der bürgerlichen Kleinfamilie – dem Schoß der heterosexuellen Matrix.

Butlers Pose des akademisierten Widerstandskampfes gegen den identitätsfundamentalistischen und subjektzentrierten Verblendungszusammenhang verstellt also erstens den Blick auf die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse. Sie ist zweitens Symptom nicht nur dieser Prozesse, sondern auch ihrer beschränkten Perspektive im akademischen Feld. War das intellektuelle Selbstverständnis der frühen Kritischen Theorie noch das des tragischen Statthalters der revolutionären Massen, erscheint bei Butler die Dekonstruktion als intellektuelle Speerspitze einer neuen sozialen Bewegung, einer reorientierten und reflexiven Identitätspolitik. Dieses identitätspolitische Projekt zielt auf Anerkennung und Teilhabe innerhalb der Verhältnisse; vom Umsturz dieser Verhältnisse will es nichts mehr wissen. Das Politikkonzept der queer theory führt damit das fort, was bereits den Rekurs auf Frauenpolitik in der Geschlechterforschung ausgezeichnet hat. Das wiederum lässt sich nicht nur mit Blick auf die innerakademischen territorialen Kämpfe erklären, sondern ist auch Ausdruck des allgemeinen Wandels linker Politik.

4. Kontinuitäten und kulturelle Linke

Der Beginn der neuen Frauenbewegung und die daraus hervorgehenden Forschungsansätze waren teilweise gekennzeichnet vom damaligen Wandel linken Politikverständnisses bzw. sie präfigurierten diesen Wandel. Ilse Bindseil hat das mit Blick auf die BRD-Geschichte als Paradigmenwechsel beschrieben: „Ende der APO, Ende des Linksradikalismus – als studentische Stellvertreterbewegung -, Beginn der Bürgerinitiativen, darunter Frieden, Ökologie, Tierrecht, Frauen.“ Als politischen Paradigmenwechsel also, „der einen Strich unter das Thema ‚Klassenkampf‘ zog und eine neue postklassenkämpferische Bürgerlichkeit einläutete.“ Das lässt sich grob begreifen als allmähliche Abkehr von der Thematisierung der Klassenverhältnisse hin zu einer Beschäftigung mit spezifischen Gruppenidentitäten und dem Kampf um deren Anerkennung, zur Identitätspolitik also. Auch die in den achtziger Jahren aus den USA importierten Rassismuskonzepte und die damit einhergehenden Umakzentuierungen der Differenzen zwischen Frauen lassen sich retrospektiv weitgehend als Fortsetzung einer kulturalistischen Wende in der feministischen Diskussion lesen. Zwar wurden die Interartikulationen von gender, race and class und multiple oppression diskutiert,

also vielfältige und heterogene, in je spezifischen Wechselverhältnissen stehende Unterdrückungsmechanismen; die Rassismusauseinandersetzungen setzten in der Geschlechterforschung der achtziger Jahre dennoch die weitgehende Abkehr von materialistischer Gesellschaftskritik fort zugunsten der neuerlichen Entdeckung und Affirmation der Heterogenität von Frauen. Darin korrespondierten die feministischen Diskussionen mit der Konjunktur des Multikulturalismus. Im Vordergrund standen die Anerkennung der Differenzen zwischen Frauen und die Kritik biologistischer Erklärungsmuster, nicht die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen von Besonderung und Ausschließung.

Die queer theory und den Teil der bundesdeutschen Rezeption, der an das Politikkonzept Butlers explizit anknüpft, halte ich für eine Fortsetzung dieses Trends, sich damit zu begnügen, die Anerkennung vielfältiger, sich überschneidender Identitäten einzufordern. Diese Programmatik knüpft kritisch an frühere Identitätspolitiken an, indem sie ein anderes, dynamisiertes, nicht repräsentationslogisch operierendes Identitätsverständnis einfordert. Es handelt sich also um das Einklagen einer selbstkritischen Dimension innerhalb der Politik sozialer Bewegungen, die die eigene Heterogenität nicht mehr ausblendet, sondern sie als Stärke und Voraussetzung für offene Bündnisse begreift. In diesem Sinne versteht Hark, die das Projekt der queer theory für den deutschsprachigen Diskussionskontext fortschreibt, die „Durchstreichung von Identität“ explizit als „Teil des Projekts der Demokratisierung von Identitätspolitik“ – d.h. also keineswegs als deren Verabschiedung. Identitätspolitik und Kritik der Identitätspolitik als deren Modernisierung befinden sich auf einer Planke der selben Plattform.

Die politischen Einsätze von Frauenforschung und queer theory im Wissenschaftsspiel sind kompatibler als sie auf den ersten Blick erscheinen. Beide greifen auf ein gemeinsames, inzwischen hegemoniales ideologisches Deutungsmuster zurück, dessen Referenzpunkte um die Begriffe Kultur und Identität zentriert sind. Die Diskursivierung sozialer Kämpfe ist heute nicht am Begriff des (Klassen-) Interesses und der notwendigen Umverteilung, sondern an dem der (Gruppen-) Identität und der Anerkennung orientiert. Die Verschiebung des Identitätsverständnisses – weg von einem repräsentativen hin zu einem performativen – bleibt der Konzentration auf Anerkennung verhaftet. Sie dethematisiert den strukturellen Rahmen für spezifische Ausschließungen und blendet die Verschiebungen innerhalb der Geschlechter- und Familienverhältnisse aus. Das ist das konstitutive Außen der queer theory.

Was für alte wie neue Identitätspolitiken kennzeichnend ist, ist bislang die Überbewertung von Fragen der Identität und Anerkennung, die Konzentration vor allem auf Diskriminierungsfragen. Insofern stehen auch queer politics in einer seit den sechziger Jahren mit dem civil rights movement und der Frauenbewegung begonnenen Reorientierung politischer Kämpfe, die das nichteingelöste Versprechen formaler Gleichheit in unterschiedlichen Feldern der bürgerlichen Gesellschaft einklagen. Was sie dabei vergessen, ist, dass die Kehrseite dieses Versprechens in einer bürgerlichen Demokratie – dem historischen Produkt kapitalistischer Vergesellschaftung – notwendigerweise in den objektiven Strukturen realer Ungleichheit besteht. Denn die formale Gleichheit aller und deren Recht auf individuelle Differenz ist die notwendige Form kapitalistischer Vergesellschaftung, durch die hindurch sich reale Ungleichheiten zwar verschieben, aber strukturell reproduzieren. Ausgeblendet wird in der sog. kulturellen Linken, welchen konkreten inhaltlichen Beschränkungen die gesellschaftliche Anerkennung besonderer Gruppen oder Individuen dementsprechend unterworfen ist. Was sich in den letzten Jahren verändert hat, ist nicht nur die mit poststrukturalistischen Denkfiguren ausgestattete politische Rhetorik, sondern auch die zunehmende Fragmentierung und Ausdifferenzierung der

identitätspolitischen Referenzpunkte, die sich in den Differenzdiskussionen beispielsweise innerhalb der Frauenzusammenhänge der achtziger Jahre schon andeuteten. Was gleich geblieben ist oder gar zugenommen hat ist die Totalisierung des Symbolischen zum eigentlichen Feld politischer Auseinandersetzung und die Ontologisierung des strukturellen Rahmens symbolischer Politiken: der bürgerlichen Öffentlichkeit als ihrem Spielfeld. Aufgabe einer Wissenschaft, die sich die Frage nach emanzipatorischen Praxen stellt, kann nicht das Nachbeten dieser Politiken sein, sondern ist vielmehr die Kritik der Politik.

„Der *politische* Verstand ist eben *politischer* Verstand, weil er *innerhalb* der Schranken der Politik denkt. Je geschärfter, je lebendiger, desto *unfähiger* ist er zur Auffassung sozialer Gebrechen.“ (Karl Marx)